

AZB
CH-8031 Zürich
P.P. / Journal

Post CH AG

Adressänderungen bitte an:
GSoA, Postfach, 8031 Zürich
adressen@gsa.ch

GSoA

GSOA-ZITIG NR. 187
SEPTEMBER 2021

Informationen und Anregungen der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee GSoA

Ausfuhr von Kriegsmaterial

In der ersten Jahreshälfte hat die Schweiz in grossem Umfang Kriegsmaterial exportiert, und weitere skandalöse Exporte sind geplant. Wir stoppen diese Entwicklung mit der Korrekturinitiative, die aktuell im Parlament diskutiert wird. SEITE 3

Gesetz über polizeiliche Massnahmen

Eine Mehrheit der Stimmberechtigten hat das Polizeimassnahmegesetz (PMT) angenommen, gegen das sich die GSoA aktiv eingesetzt hat. Wir blicken auf die Kampagne zurück, die insbesondere durch Fedpol-Razzien in den Wohnungen der Klimastreikenden geprägt war. SEITE 6



Israel/Palästina

Im späten Frühjahr flammte die Situation in Israel und Palästina wieder auf. Wir blicken auf einige zentrale Aspekte zurück, bevor wir die bislang geltende Position der GSoA sowie eine abweichende aus der GSoA Genf vorstellen. SEITE 7

DIE INITIATIVE «STOP F-35» IST LANCIERT!

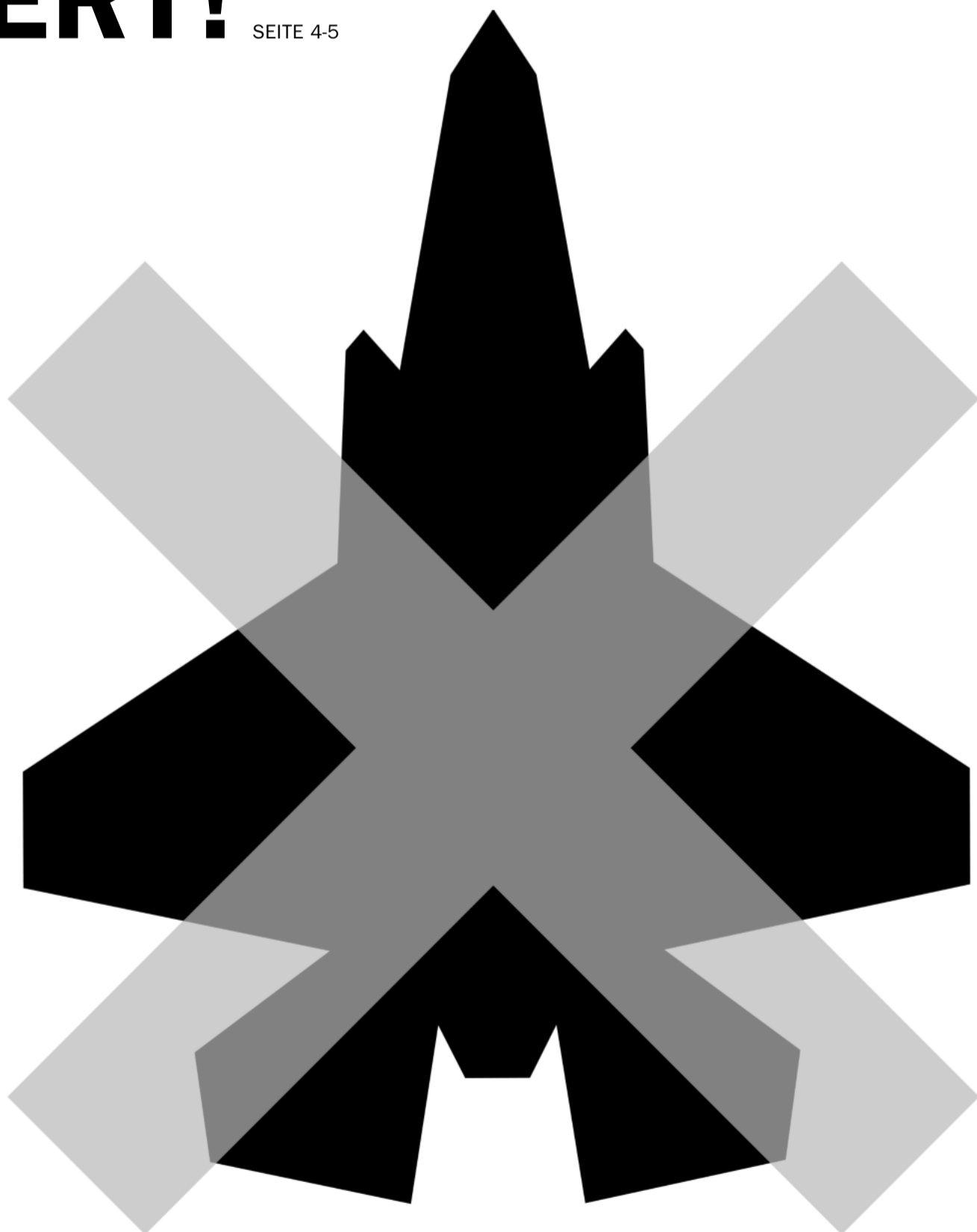
SEITE 4-5

GSOA- VOLLVERSAMMLUNG

3. Oktober

Restaurant Kreuz, Solothurn

11.15 bis ca. 17.00 Uhr



Liebe Leser*innen

Es geht wieder los! Ende August haben wir unsere «Stop F-35»-Initiative lanciert. Unser Ziel dabei ist klar: Wir müssen unbedingt verhindern, dass 25 Milliarden Franken einfach so aus dem Fenster geworfen werden, nur um ein paar Offizieren eine Freude zu bereiten und der Bevölkerung ein Sicherheitsgefühl vorzugaukeln. In dieser Ausgabe befassen wir uns zuerst mit dem Kampftyp, den der Bundesrat ausgewählt hat. Mit dem F-35 von Lockheed Martin hat er sich für den kontroversesten der vier vorgeschlagenen Typen entschieden. Danach geht es um die Lancierung der Initiative und den Beginn der Unterschriftensammlung. Anschliessend beschäftigen wir uns mit dem Inhalt und zeigen auf, weshalb der F-35 eine katastrophale Wahl ist. Zu guter Letzt kommen wir zu unseren Wurzeln zurück und rufen in Erinnerung, weshalb jeder Kampfjet grundsätzlich abgelehnt werden sollte.

Es ist aber noch viel mehr los bei der GSoA. So wird die Korrektur-Initiative, die wir gemeinsam mit einem breiten Bündnis in die Wege geleitet haben, gerade im Parlament zusammen mit einem indirekten Gegenvorschlag besprochen – mehr dazu in dieser Ausgabe. Wir kommen ebenfalls auf die Geschichte des Kriegsmaterialgesetzes zurück, sowie auf dessen Reformen.

Wir kommen ebenfalls auf das Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (kurz PMT) zu sprechen, gegen das wir im Juni angetreten waren. In diesem Zusammenhang beleuchten wir die Hausdurchsuchungen bei Klimaaktivist*innen. Wir sprechen auch über das, was für die GSoA ein gerechter Frieden zwischen Israel und Palästina wäre, und über viele weitere spannende Fragen.

Viel Spass beim Lesen wünschen

Thomas Bruchez
und das ganze Redaktionsteam

PS: Die VV wurde aufgrund der Belegungspläne des Restaurants Kreuz auf den 3. Oktober verschoben. Bitte tragt euch dieses neue Datum ein.

Impressum

Redaktion: Thomas Bruchez (tb, verantwortlich), Adi Feller (af), Magdalena Küng (mk), Nadia Kuhn (nk), Josef Lang (jl), Moritz Lange (ml), Lewin Lempert (ll), Oger (og), Martin Parpan (mp), Saskia Rebsamen (sr), Judith Schmid (js), Tobia Schnebli (ts), Pauline Schneider (ps), Andreas Weibel (aw)

Cartoons: Oger | **Gestaltung:** Regula Meili | **Übersetzung:** Catherine Jost | **Druck:** ROPRESS Zürich | **Auflage:** 17'500, mindestens viermal jährlich | **Mitgliederbeitrag (inkl. Zitigs-Abo) Verdienende Fr. 100.–/Nichtverdienende Fr. 50.–** Jahresabonnement GSoA-Zitig: Fr. 20.– PC-Konto: PC 40-37315-5 | **Verlag:** GSoA, Postfach, 8031 Zürich, Telefon 044 273 01 00, E-Mail: gsoa@gsoa.ch, www.gsoa.ch

Leser*innenbriefe, Lob und Kritik sind willkommen. Die Redaktion behält sich vor, Zusendungen zu kürzen. Bitte melden Sie uns Adressänderungen, falsche und/oder doppelte Adressen. Die Inhalte dieser Zeitung unterstehen einer Creative Commons Lizenz. Für nicht-kommerzielle Zwecke können sie mit Quellenangabe frei verwendet werden.

VOLLVERSAMMLUNG

Einladung zur 40. Ordentlichen GSoA-VV

Die nächste Vollversammlung der GSoA steht an! Nach einer langen Durststrecke, in der wir uns pandemiebedingt nur online sehen konnten, kann die nächste Vollversammlung aller Voraussicht nach wieder live stattfinden. Kommt am 3. Oktober nach Solothurn und entscheidet mit, was wir in Zukunft anpacken! NADIA KUHN

Hinter uns liegt ein Vereinsjahr, wie es die GSoA noch nie gesehen hat – innerhalb von nur zwei Monaten mussten wir zwei nationale Abstimmungen bestreiten, und das während einer globalen Pandemie. Im September 2020 hätten wir es fast geschafft, die Kampfjet-Beschaffung zu verhindern – nur gerade 8'000 Stimmen trennten uns von einer friedenspolitischen Sensation. Und zwei Monate später sagten 42% der Schweizer Bevölkerung Ja zum Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten

– diese Erfolge möchten wir mit euch zusammen angemessen feiern.

Doch wir wollen uns nicht nur auf unserem Erfolg ausruhen, sondern schauen, was das nächste Jahr für uns bringt und welche Projekte wir anpacken wollen. Im Zentrum der Vollversammlung 2021 wird entsprechend die vom VBS geplante Beschaffung des F-35 und unsere Initiative dagegen stehen. Aber wir möchten diesen Raum auch nutzen, um uns ein erstes Mal damit zu beschäftigen, welche Projekte die

GSoA in Zukunft angehen könnte. Egal, ob eine Initiative für die Unterzeichnung des Atomwaffenverbotvertrags oder eine weitere Auflage der Armee-Abschaffungsinitiative: Wir möchten mögliche Projekte ohne Scheuklappen diskutieren. Kommt zahlreich und bringt eure Meinung ein!

Meldet euch für eine Teilnahme an der GSoA-Vollversammlung doch bald mit einem Mail an gsoa@gsoa.ch an. Die Vollversammlung findet am 3. Oktober statt, wie jedes Jahr im Restaurant Kreuz in Solothurn. Sie dauert von 11.15 bis etwa 17 Uhr. Das detaillierte Programm wird zwei Wochen vorher auf www.gsoa.ch publiziert. Das gemeinsame Mittagessen im Restaurant Kreuz ist wie immer kostenlos.

TREFFEN BIDEN/PUTIN

Dieses Treffen war eine Schande

Am 16. Juni 2021 trafen sich Joe Biden und Wladimir Putin in Genf. Die Stadt wurde abgeriegelt und war auf der höchsten Sicherheitsstufe. Ein Blick zurück auf das Treffen der zwei Supermächte. PAULINE SCHNEIDER

Joe Biden und Wladimir Putin, die Vertreter der zwei wichtigsten Antreiber des Aufrüstungskampfes haben sich diesen Juni in Genf zu Gesprächen getroffen. Friedenspolitisch, aber auch menschlich gesehen, war das Zusammenkommen höchstproblematisch, denn die USA verfügen über das grösste und Russland über das viertgrösste Armeebudget weltweit. Zudem besitzen die beiden Staaten zusammen 90% aller Atomwaffen. Hinzu kommt, dass die USA und Russland die zwei grössten Waffenlieferanten sind.

Den beiden Grossmächten geht es zwar primär darum, ihre Atomwaffenarsenale zu füllen, oder einander bei den Waffenexporten zu überholen. Dabei machen sie sich verantwortlich für zahlreiche Konflikte. So haben die militärischen Interventionen der beiden Länder mehrere Regionen wie beispielsweise Syrien oder Afghanistan ins Elend gestürzt.

Über die Gefährlichkeit von Atomwaffen muss nicht mehr gestritten werden. Deshalb ist es höchste Zeit, dass die USA, Russland aber

auch die Schweiz den Atomwaffenverbotsvertrag unterzeichnen und ratifizieren und sich zur Einhaltung der Menschenrechte verpflichten. Abrüstung muss jetzt geschehen, wir können nicht mehr länger warten.

© Demir Sönmez



NEUES PROJEKT

Welche Projekte soll die GSoA angehen?

Nach einem unglaublich intensiven Jahr 2020 stehen nun dieses Jahr keine Grossprojekte mehr an, ausser natürlich der Korrekturinitiative. «Was sollen wir nun tun?», haben wir uns gefragt. Die «Stop F-35» Initiative hat unsere Planung zwar etwas durcheinandergebracht, doch die vorhin erwähnte Frage bleibt legitim. THOMAS BRUCHEZ

Den Begriff «Sicherheit» neu definieren, um ihn ein für alle Mal von seiner militärischen Konnotation zu lösen? Eine Express-Initiative lancieren, die darauf drängt, dass die Schweiz den Atomwaffenverbotvertrag unterzeichnet und ratifiziert? Vielleicht den Zusammenhang zwischen Klimakrise und Militarismus aufzeigen? Oder doch lieber *back to the roots* gehen und erneut eine Armeeabschaffungsinitiative lancieren? Dies sind einige der Fragen, die

sich das Sekretariatsteam gestellt hat, als es darum ging, ein neues Grossprojekt für die GSoA zu finden. In der Westschweiz wurden bereits zwei Brainstorming-Anlässe organisiert, bei denen die Mitglieder Themen vorschlagen konnten. Dann kam die Ankündigung des Bundesrats zum Kauf des F-35, was für uns die Lancierung einer Volksinitiative gegen diese Beschaffung bedeutet. Der Entscheid des Bundesrats hat zwar die Auswahl des Projekts

unterbrochen, doch gestoppt wurde sie mitnichten.

Bei der VV können die Anwesenden Themen für eine neue Initiative oder ein neues Projekt vorschlagen. Diejenigen, die an der Mitgliederumfrage, welche wir vor einigen Monaten durchgeführt haben, teilgenommen haben, konnten bereits sagen, worauf sich die GSoA in den kommenden Jahren konzentrieren sollte. Danach werden die Projekte erarbeitet, die auf das meiste Interesse gestossen sind, bevor wir zur Auswahl kommen. Ziel ist es, das neue Projekt im Frühjahr 2023 zu lancieren. Wir zählen auf eure Mitarbeit in diesem langen, aber spannenden Prozess!

HISTORISCHER RÜCKBLICK KMG

Kriegsmaterialgesetz – Keine Änderung ohne Volksinitiative

Volksinitiativen müssen nicht gewonnen werden, um konkrete Auswirkungen zu haben. Ein historischer Rückblick zeigt dies klar auf. MORITZ LANGE

Eine Volksinitiative will gewonnen werden – egal ob die Erfolgchancen gut sind oder nicht. Klar macht man sich vielleicht Hoffnungen darauf, dass die Initiative gar nicht nötig sein wird, weil das Parlament von sich aus das Anliegen aufnimmt oder es einen griffigen Gegenvorschlag ausarbeitet. Letzten Endes ist das Ziel aber klar: Ein Sieg an der Urne. Schliesslich geht es ja darum, die Gesellschaft via eigener Verfassungsänderung zu verändern und die Stimmbevölkerung von dem Anliegen zu überzeugen.

Volksinitiativen können aber auch ohne Sieg an der Urne konkrete Auswirkungen haben. Oftmals wird damit ein Thema auf die politische Agenda gesetzt und nicht selten führt auch

eine unterlegene Volksinitiative zu konkreten Veränderungen. Bestes Beispiel hierfür ist die erste Volksinitiative der GSoA (GSoA I). Am 26.11.1989 stimmten 35.6% Ja für die Volksinitiative «Für eine Schweiz ohne Armee und für eine umfassende Friedenspolitik» – ein politisches Erdbeben. Auch wenn die Stimmbevölkerung die Initiative klar ablehnte und ein Gegenvorschlag nie zur Diskussion stand, so sind die Auswirkungen von GSoA I heute klar spürbar. Die Armee von heute sähe ohne GSoA I deutlich anders aus, und auch auf die Einführung des Zivildienstes hätten wir ohne diese Abstimmung wohl noch lange warten müssen.

Ein weiteres Beispiel für die Wirkungen von abgelehnten Volksinitiativen sind die Volks-

initiativen bezüglich Kriegsmaterialexporte. Insgesamt drei Mal konnte sich die Schweizer Stimmbevölkerung zu Kriegsmaterialexporten äussern. Zum ersten Mal im Jahr 1972, dann 1997 und zuletzt im Jahr 2009. Alle Initiativen wurden abgelehnt. Betrachtet man allerdings die Änderungen des Kriegsmaterialgesetzes und der Kriegsmaterialverordnung, dann fällt auf, dass alle grösseren Änderungen – immer Verschärfungen der Exportpraxis – in den Jahren 1972, 1997 und 2009 erfolgten. Bei genauerer Betrachtungsweise stellen die Änderungen indirekte Gegenentwürfe zu den entsprechenden Volksinitiativen dar. Das bedeutet, dass jede Volksinitiative über Kriegsmaterialexporte eine konkrete Änderung bewirkt hat, auch wenn sie alle – in der Regel deutlich – abgelehnt wurden.

Die neuste Volksinitiative über Kriegsmaterialexporte ist die Korrektur-Initiative, die im

Dezember 2018 lanciert wurde. Beachtlich bei der Korrektur-Initiative ist, dass sie schon eine konkrete Auswirkung hatte, bevor sie überhaupt lanciert wurde. Schon nur die Androhung einer Volksinitiative bewirkte, dass der Bundesrat die geplante Lockerung der Kriegsmaterialverordnung zurückzog. Und wie bei allen vorherigen Volksinitiativen über Kriegsmaterialexporte steht auch jetzt ein konkreter Gegenvorschlag im Raum, der die Kriegsmaterialgesetzgebung klar verschärfen will. Der Ständerat hat diesem Gegenvorschlag schon zugestimmt, in der Herbstsession folgt die Debatte im Nationalrat. Hoffen wir, dass der Nationalrat dem Ständerat und der historischen Tradition folgt und dem Gegenvorschlag zustimmt.

1972

Abstimmung über die Volksinitiative
«Rüstungskontrolle und Waffenausfuhrverbot»
 1. Revision der Waffenexportgesetzgebung
 – Verschärfung des Kriegsmaterialgesetzes

1997

Abstimmung über die Volksinitiative
«für ein Verbot der Kriegsmaterialausfuhr»
 2. Revision der Waffenexportgesetzgebung
 – Verschärfung des Kriegsmaterialgesetzes

2009

Abstimmung über die Volksinitiative
«für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten»
 – Verschärfung der Kriegsmaterialverordnung

GEGEN WAFFENEXPORTE IN BÜRGERKRIEGSLÄNDER

Die Korrektur-Initiative im Parlament – eine Zwischenbilanz

Seit diesem Frühjahr ist der parlamentarische Prozess zur Korrektur-Initiative in vollem Gange. Nachdem die GSoA und die «Allianz gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer» im Ständerat einen grossen Erfolg feiern durften, haben uns in der Sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrats die Intrigen der Rüstungslobby eingeholt. Um Waffenexporten in Bürgerkriegsländer endlich ein Ende zu setzen, müssen wir jetzt mehr denn je konsequent dranbleiben! SASKIA REBSAMEN

Nach langem Warten hat der Bundesrat anfangs März seinen indirekten Gegenvorschlag zur Korrektur-Initiative veröffentlicht und darin erfreulicherweise viele unserer wichtigsten Anliegen aufgegriffen: Lieferungen an Bürgerkriegsländer oder Staaten, welche die Menschenrechte schwerwiegend und systematisch verletzen, sollten laut dem Gegenvorschlag nicht mehr möglich sein. Diese Regeln auf Gesetzesstufe zu verankern wäre ausreichend gewesen, um die nötige demokratische Kontrolle über Waffenexporte zu gewährleisten und willkürliche Entscheide auf Druck der Rüstungslobby in Zukunft zu verhindern – hätte sich der Bundesrat nicht ein inakzeptables Schlupfloch offenbehalten: Durch eine Abweichungsklausel wollte er Waffenexporte weiterhin in Eigenregie bewilligen können, wenn «ausserordentliche Umstände» vorliegen oder um «ausser- oder sicherheitspolitische Interessen» zu wahren.

Die Korrektur-Initiative und ihr Gegenvorschlag wurden zuerst vom Ständerat beraten. Seine Sicherheitspolitischen Kommission ist leider dem laschen Gegenvorschlag des Bundesrats gefolgt. Doch in der Ratsdebatte dann die freudige Überraschung: Die kleine Kammer hat zwar die Korrektur-Initiative gesamthaft abgelehnt, aber einen zu unseren Gunsten angepassten Gegenvorschlag inklusive einer Streichung

der Abweichungsklausel für den Bundesrat verabschiedet! Ein toller Erfolg für die Allianz gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer!

In der Sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrats folgte der grossen Freude eine Enttäuschung. Die Rüstungslobby hat es geschafft, über die FDP den nahezu perfekten Gegenvorschlag aus dem Ständerat um eine unerfreuliche Ausnahmeregel zu ergänzen. Diese soll erlauben, auch Exporte in «demokratische Länder, die über ein Exportregime verfügen, das mit demjenigen der Schweiz vergleichbar ist» zu tätigen – eine deutliche Lockerung, die nicht im Sinne der Korrektur-Initiative ist. Beispielsweise werden in die Türkei und die Ukraine aktuell kein Schweizer Kriegsmaterial geliefert, weil beide in einen Konflikt verwickelt sind. Jedoch könnte man beide Länder als demokratisch bezeichnen, wodurch durch den Antrag der FDP der Export von Schweizer Kriegsmaterial dorthin wieder möglich wäre.

In der Herbstsession kommt die Korrektur-Initiative nun in den Nationalrat. Nur wenn der Gegenvorschlag wieder bereinigt wird, so dass dieser den Forderungen der Korrektur-Initiative konsequent nachkommt, zieht die Allianz gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer einen Rückzug in Betracht. Ansonsten bleiben wir dran und engagieren uns überzeugt für ein «Ja» in einer Volksabstimmung!

HALBJAHRESZAHLEN

Trotz tieferer Zahlen kein Grund zur Freude

Nach dem Rekordjahr 2020 bleiben die Kriegsmaterialexporte auch im ersten Halbjahr 2021 auf hohem Niveau. Geschäfte mit kriegsführenden und menschenrechtsverletzenden Staaten gehen munter weiter. JONAS HEEB

Mitte Juli veröffentlichte das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) die Halbjahreszahlen der Schweizer Kriegsmaterialexporte. In den ersten sechs Monaten des Jahres 2021 exportierte die Schweiz Kriegsmaterial im Wert von 357 Millionen Franken. Das sind ca. 150 Mio. CHF weniger als im Juni des letzten Jahres. Diese vermeintlich positive Entwicklung ist jedoch stark zu relativieren. Schliesslich exportierte die Schweiz im Jahr 2020, eines der Krisenjahre schlechthin, Kriegsmaterial im Wert von sagenhaften 901 Millionen Franken ins Ausland – so viel wie noch nie. Die letztjährigen Halbjahreszahlen beliefen sich auf 501 Millionen

Das Schweizer Unternehmen Rheinmetall Air Defence will Flugabwehrsysteme für die Fussballweltmeisterschaft nach Katar exportieren.
 Bild: Rheinmetall Air Defence



Franken. In Anbetracht des traurigen Rekordjahres 2020 ist es nur das Mindeste und schwer zu hoffen, dass die Zahlen dieses Jahr tiefer sind. Jedoch überstiegen die Halbjahreszahlen seit 2014 (weiter zurück sind nur die Jahreszahlen vorhanden) nie den Wert von diesem Jahr, bis auf besagtes Rekordjahr 2020. Die Exporte bleiben also auf sehr hohem Niveau, Grund zur Freude gibt es keinen.

PROFIT VOR MENSCHENRECHTEN

Weiterhin wird Kriegsmaterial in Länder geliefert, die in bewaffnete Konflikte verwickelt sind oder Menschenrechte systematisch verletzen. Saudi-Arabien empfing im aktuellen Halbjahr Kriegsmaterial im Wert von über 18 Mio. CHF. So viel wurde nicht mal im gesamten (!) Rekordjahr 2020 in das Land exportiert, das seit 2015 im Jemenkrieg massgebend beteiligt ist.

Im Juni wurde überdies bekannt, dass die in Zürich ansässige Rheinmetall Air Defence AG Luftabwehrsysteme im Wert von 200 Mio. CHF für die 2022 stattfindende Fussball WM nach Katar liefern sollte. Die GSoA hat daraufhin eine Petition lanciert, mit der Forderung diesen Deal zu stoppen. Katar fiel immer wieder mit Menschenrechtsverletzungen auf. Die Baustellen für die Stadien der WM sorgten für den Tod tausender Gastarbeiter*innen. Selbst der Bund bestreitet dies nicht, ist aber dennoch bereit, die Bewilligung für dieses Geschäft zu erteilen. Einmal mehr zeigt sich, wie wichtig die Korrektur-Initiative ist!

KAMPFJETS

BUNDESRATSENTSCHEID

Militärköpfe setzen sich durch

Bereits Mitte Juni machten die ersten Gerüchte die Runde: Viola Amherd werde dem Bundesrat den F-35A des US-Herstellers Lockheed Martin empfehlen. Laut Medienberichten meldeten daraufhin Ueli Maurer und Ignazio Cassis Bedenken an. Letzterer wollte eigentlich lieber einen europäischen Jet. Die Spekulationen wurden am 30. Juni an der Pressekonferenz der VBS-Chefin beendet: Die Schweiz soll den F-35 kaufen – 36 Stück für über fünf Milliarden Franken. JONAS HEEB

Der F-35A gilt als der «Ferrari» der aktuell verfügbaren Jets. Lange ging man davon aus, dass er somit gleichzeitig der teuerste sei. Umso überraschender waren die Gerüchte gemäss denen der amerikanische Jet Favorit der Evaluation des Bundesamtes für Rüstung armassuisse sein sollte. Denn die Devise war klar, der Kampfjet mit dem besten Kosten-Nutzen-Verhältnis sei zu favorisieren. Die Gerüchte weiteten sich von Viola Amherd zu weiteren Bundesratsmitgliedern aus: Cassis wolle nach der Schlappe beim Rahmenabkommen einen europäischen Jet, Maurer soll grundsätzliche Bedenken bezüglich der Kampfjet-Beschaffung geäussert haben. Vorbehalte hatte auch Ex-Armeechef André Blattmann, der sich in einem Papier an bürgerliche Politiker*innen für einen Kompromiss von «nur» 20 Kampfjets aussprach – eine ziemlich klare Ansage, wenn sich ein ehemaliger Armeechef gegen eine geplante Kampfjet-Beschaffung ausspricht.

DER FERRARI MACHT DAS RENNEN

Am 30. Juni wurden die Spekulationen Tatsache: Der Bundesrat will 36 Kampfjets des Typs F-35 beschaffen. Armeechef Thomas Süssli führte mit einer gewohnt angstschürenden Begründung aus, weshalb die Schweizer Armee genau diesen Kampfjet nun brauche. Einmal mehr bewies er damit, wie die Armee die Zeichen der Zeit verkennet und die Bedrohungslage völlig irrational benennt. Während wir in einer Pandemie

stecken, die Klimakrise mit Unwetter-Fluten spürbar ihren Lauf nimmt und die soziale Ungleichheit die Sicherheit und Stabilität weltweit massiv bedroht, steckt die Schweiz Milliarden von Franken in überdimensionierte Luxus-kampfjets. Vor der Abstimmung über die Kampfjet-Beschaffung im Herbst 2020 wurde stets auf den Luftpolizeidienst gepocht. Plötzlich braucht die Schweiz laut Süssli Jets, die über diese Funktion hinausgehen, sprich zum Angriff bereit sind.

Immer wieder kam zur Sprache, dass der F-35 das günstigste Modell sowohl bei der Beschaffung als auch im Betrieb und Unterhalt sei. Die Klagen über gewaltige Mehrkosten anderer europäischer Staaten, die den F-35 bereits in Betrieb genommen haben, scheinen keine Rolle zu spielen. Ein Blick in die Niederlande, nach Dänemark oder Norwegen zeigt, dass die Kosten für Betrieb und Unterhalt deutlich höher als budgetiert sind. Ebenso ignoriert wurden Stimmen von ranghohen Militärs und Politiker*innen aus dem Herstellerland USA, die dem F-35 aufgrund der hohen Kosten und technischen Mängel kaum mehr etwas Positives abgewinnen können.

SCHLEIERHAFTE RECHTFERTIGUNG

Ungehört blieb all das hierzulande zwar nicht. Selbst militärfreundliche Kreise zweifelten an der Lobpreisung des F-35 als günstigstes und bestes Modell. Die veröffentlichten Dokumente,

Glückwunsch zum Kauf Ihrer
LOCKHEED MARTIN
F-35



Kund*innen, die diesen Artikel kauften,
interessierten sich auch für:



die den Entscheid begründen sollten, liessen punkto Nachvollziehbarkeit zu wünschen übrig. Die vielen Fragezeichen wurden dann aber mit Amherds Verweis auf die Offerten der Kampfjet-Hersteller und die Evaluation abgetan. Letztere basiert auf geheimen Daten des Herstellers Lockheed Martin und den Einschätzungen von armassuisse. Kein Wunder also schnitt der F-35 dort gut ab, denn es ist kein Geheimnis, dass die

Armee den modernsten und technologisch fortgeschrittensten Flieger bevorzugt. Ausserdem wäre es verwunderlich, wenn die US-Firma ihr eigenes Produkt schlecht vermarkten würde. Weshalb die Schweiz mit dem F-35 so viel günstiger davonkommen sollte, als es bisherige Erfahrungen anderer Staaten zeigen, bleibt somit ungewiss – vermutlich deshalb, weil dies schlicht und einfach nicht garantiert werden kann.

LANCIERUNG UND SAMMELPHASE

Kampfjets, gegen die es sich zu kämpfen lohnt

Am 31. August haben wir als Teil der Allianz gegen den F-35 unsere Initiative gegen den neuen Kampfjet-Typen lanciert. Zerschlagen haben wir unsere F-35-Piñata an der Pressekonferenz bereits. Nun gilt es dieses überdimensionierte Luxusspielzeug der Luftwaffe auch an der Urne abzuschliessen. ANJA GADA

Ende August haben wir unsere Initiative «Stop F-35» mit dem Ziel, die Beschaffung neuer Luxus-kampfjets zu verhindern, lanciert. Gemeinsam mit der SP, Grünen und Jungen Grünen stellen wir uns diesem Fehlentscheid des Bundesrats klar entgegen. Marionna Schlatter, Nationalrätin der Grünen, hat an der Pressekonferenz treffend zusammengefasst, wieso die Allianz den Kauf der neuen Kampfjets klar ablehnt: «Der F-35 ist das falsche Flugzeug für die Schweiz. Von der Konzipierung als Tarnkappen-Angriffsbomber, über die unüberschaubaren Kosten von 25 Milliarden Franken, bis hin zur Abhängigkeit von der Militärmacht USA.»

Für die GSoA ist klar, dass die Annahme der Initiative gegen den Kauf dieser überdimensionierten Luxusjets nicht nur die Absage an den expliziten Typ F-35 ist, sondern auch klar ein Nein zu einem Bevölkerungsschutz durch militärische Aufrüstung ist.

Der Abstimmungskampf im letzten September wurde von Seite VBS zur Grundsatzfrage Luft-

waffe Ja oder Nein hochstilisiert. Nach dieser Auslegung stimmten immerhin 49.9 Prozent der Schweizer*innen für die Abschaffung der Luftwaffe – 8515 Stimmen Differenz hielten die Schweizer Luftwaffe am Leben. Ein Blick in die Geschichte zeigt, dass die Schweiz nie in der Lage war, eine eigenständige Landesverteidigung zu betreiben. Während des zweiten Weltkriegs wurde auf Befehl von General Guisan die Verteidigung des Luftraumes gegen eindringende deutsche Flugzeuge im Juni 1940 eingestellt. Die Drohungen des Dritten Reiches reichten, um die Schweizer Luftwaffe bis Ende 1943 am Boden zu halten. Dies zeigt: Militärische Landesverteidigung bleibt eine politische Entscheidung. Würde ein imaginärer Angriff passieren, wäre die Schweiz damals wie heute nicht in der Lage, sich militärisch zu verteidigen. Wieso also nicht von Anfang an auf die Illusion einer militärischen Landesverteidigung verzichten und die dadurch frei werdenden finanziellen Mittel sinnvoller investieren?

Um diese grundlegende Frage zu stellen, haben wir eine bunte Aktion auf der Bundesterrasse am selben Tag der Pressekonferenz der «Allianz gegen den F-35» organisiert: Ein F-35 (hier als liebevoll gebastelte Piñata meiner Mit-Sekretärin Anna), der statt mit Konfetti jedoch mit Unmengen an Schweizer Steuergeldern gefüllt ist und nur darauf wartet, durch das Stimmvolk zerschlagen zu werden.

GEMEINSAM BRINGEN WIR DEN F-35 ZUM ABSTÜRZEN

Eine Volksinitiative, die eine Verfassungsänderung zur Folge hat, erfordert 100'000 beglaubigte Unterschriften zur Einreichung sowie ein Volks- und Ständemehr im Abstimmungskampf. Da wir davon ausgehen, dass der Bundesrat, insbesondere Verteidigungsministerin Viola Amherd, möglichst bald einen Entscheid in Sachen Kampfjets gefällt haben will, wird die Zeitspanne zwischen Unterschriftensammlung und Abstimmungstermin höchstwahrscheinlich sehr kurz sein. Deshalb brauchen wir die Unterstützung unserer Mitglieder. Via QR-Code kannst du dich hier für einen oder gleich mehrere der Sammeltage anmelden. Ob du dich in Zürich, Bern oder Basel einer be-

stehenden Gruppe anschliesst, oder auf eigene Faust in deinem Wohnort auf Unterschriftenjagd machst, spielt keine Rolle – wir werden dir alles nötige Material zukommen lassen und dir mit schlagkräftigen Argumenten, Tipps und unserem geballten Wissen zur Seite stehen. Alle Informationen zur laufenden Kampagne sowie unser vollständiges Argumentarium findest du auf www.stop-f35.ch und unseren sozialen Medien. Bringen wir den F-35 gemeinsam zum Abstürzen!

Anmeldung Sammeltage via QR-Code



KAMPFJETDESIGN

Ein einziger Fehler

Befürworter*innen sagen, der F-35 leide nur an Kinderkrankheiten, das sei ganz normal und werde sich schon legen. Doch die Fehleranfälligkeit ist konzeptionsbedingt und wird sich in Zukunft nur noch stärker zeigen. ADI FELLER

Die F-35 ist als eierlegende Wollmilchsau konzipiert. Sie soll als Universalflugzeug mehrere Flugzeugtypen mit unterschiedlichen Aufgabenspektren und aus allen amerikanischen Teilstreitkräften ersetzen. Jede davon versuchte die eigenen Interessen durchzusetzen. Der Jet sollte idealerweise alles gleichzeitig können und noch dazu mit der modernsten Technologie ausgestattet werden. Immerhin gibt es drei Versionen, die unterschiedliche Einsatzschwerpunkte haben, doch die grundlegenden Designprobleme teilen sie alle. Kompromiss um Kompromiss näherten sich die Wunschvorstellungen der Realität. Reduzierte Reichweite, reduzierte Waffentraglast, die Erwartungen mussten immer weiter zurückgeschraubt werden, damit überhaupt all die geforderten Fähigkeiten in einer Maschine vereint werden konnten.

Ende Juli 2021 war die Meldung zu hören, dass 40 amerikanische F-35 wegen Triebwerkproblemen am Boden bleiben müssen. Gewisse Teile der Triebwerke verschleissen zu schnell,

weil sie nicht hitzebeständig genug sind. Diese müssen nun aus widerstandsfähigerem Material neu produziert und in jedem Triebwerk ersetzt werden. Kein Einzelfall. Gemäss dem Gouvernement Accountability Office (GAO), einer Art amerikanischen Finanzkontrolle, gab es im Juli 2021 immer noch über 864 ungelöste Fehler in den Systemen der F-35, neue werden immer wieder entdeckt. Im selben Bericht des GAO wird der Simulator des F-35 als so weit nicht funktional bezeichnet, dass damit keine weiteren Tests möglich sind, bis er überarbeitet und angepasst wird. Dadurch wird auch der Zeitpunkt der Serienreife des Flugzeuges auf unbestimmt verschoben. Gerade auf der Softwareebene scheinen die Probleme endlos, sei es im Flugzeug selber oder bei dazugehörigen Softwaresystemen. Das automatische Logistiksystem von Lockheed Martin (ALIS), das in Theorie selbstständig Ersatzteile global bewirtschaften und bestellen sollte, funktioniert so schlecht und hat solche Sicherheitslücken, dass die amerikanische Luftwaffe un-

terdessen ein eigenständiges Computersystem namens Odin für dieselbe Aufgabe entwickeln lässt. Doch auch dieses ist noch nicht funktional.

All diese technischen Probleme bleiben nicht folgenlos: Wie die Fachzeitschrift Aviation Week bereits Ende 2020 berichtete, überlegt die amerikanische Luftwaffe, statt über 1'750 F-35 A, «nur» noch 1'050 zu beschaffen. Mit ungeahnten Kostenfolgen für die verbleibende Anzahl Flugzeuge, günstiger werden sie dadurch sicher nicht. Stattdessen sollen günstigere, modernisierte Versionen (EX) der alten F-15 beschafft werden. Es wäre nicht das erste Mal in jüngerer Vergangenheit, dass sich Beschaffungspläne in Rauch auflösen: Ein ähnliches Schicksal ereilte die F-22, geplant waren 750 Stück, produziert wurden ganze 187 Flugzeuge, die Produktion 2012 komplett eingestellt.

WELCHE VERSION GEFÄLLIG?

So handelt es sich bei den aktuell produzierten F-35 immer noch um Vorserien-Modelle, die laufend weiterentwickelt werden. Die Serienreife des Flugzeuges war auf Ende 2019 geplant, und musste bereits mehrfach nach hinten verschoben werden. Bei den bisher gebauten und ausgelieferten Flugzeugen handelt es sich um Versionen namens 2B, 3I und 3F. Die volle Einsatzfähigkeit soll erst die Version Block 4 bringen, deren Ent-

wicklungszeit gerade um ein Jahr verlängert wurde. Es sind permanente Upgrades von Software wie Hardware nötig, um die Flugzeuge auf aktuellem Stand zu halten. Grundlegende Fähigkeiten müssen erst ins Flugzeug integriert werden. Die von der Schweizer Luftwaffe seit Jahrzehnten verwendete Standard Luft-Luft-Rakete vom Typ Sidewinder kann erst seit der Version 3F überhaupt eingesetzt werden. Ausserdem ist Lockheed Martin permanent in Lieferverzögerung, 2021 wurde bisher kein einziges Flugzeug pünktlich ausgeliefert. Wann und in welcher Version dann ein weniger wichtiger Kunde als die amerikanische Luftwaffe ihre Flugzeuge erhalten wird, scheint damit zumindest unklar.

VOM F/A-18 BIS ZUM F-35: WIR KÄMPFEN WEITER

Nieder mit dieser unnützen Blechbüchse

Kampfjets mögen in einem entpolitierten Kontext eine gewisse Anziehungskraft haben, als Lösung für irgendein Problem taugen diese Mordmaschinen aber nicht. Der intergenerationale Kampf der GSoA gegen Kampfjets bringt in regelmässigen Abständen die Frage auf den Tisch, welchen Sinn die Schweizer Sicherheitspolitik verfolgt. JONAS KAMPUS

Hand aufs Herz, Kampfjets können einem auch faszinieren. Wenn Maverick und Goose in ihrem F-14A Tomcat mehrere MiG-28 jagen, dann fiebert auch ein überzeugter Antimilitarist mit. Dem Pathos von «Top Gun» kann man sich sogar als Kampfjetgegner nur schwer entziehen. Diese von patriotischer Propaganda getränkte Sonnenuntergangsbilder, sie berühren einem eben doch. Jener Bildsprache bedient sich Lockheed Martin geschickt in seinen Werbespots für den F-35A Lightning II. Rein ästhetisch bin ich Viola Amherd überaus dankbar, dass ihre Wahl auf diesen Kampfjet der fünften Generation fiel: Dank seiner Tarnkappenfunktion ist die Form des Fliegers aussergewöhnlich geschmeidig, da kann ein Eurofighter einfach nicht mithalten.

Kampfjets bieten was fürs Auge, doch da hört meine Liebesbekundung für diese Blechbüchsen auch schon wieder auf. Militärische Fluggeräte, Bomber, Kampfjets und Drohnen prägen seit über hundert Jahren die Kriegsschauplätze. Sie können ganze Städte bombardieren, in Flammen setzen, Napalm abwerfen oder mit der Atombombe hunderttausende Menschenleben in Sekundenbruchteilen auslöschen. Die Kampfjetpilot*innen gebahren sich fast schon in promethischer Art: Sie thronen in sicherer Distanz über ihren sterblichen Opfern, ihr Schicksal liegt ganz in ihren Händen. Kampfjets sind durch

und durch schreckliche Konstrukte. Mit ihnen lässt sich keinen Acker pflügen, kein Kind in den Schlaf wiegen, keinen Menschen ernähren; ein Kampfjet kann nur töten.

Besonderer Dank gebührt in dieser Sache den Initiant*innen der Stop-F/A-18-Initiative.

Abgesehen von seinem eleganten Design ist der F-35 in jeder Hinsicht verabscheuungswürdig.

Foto: Arturo Alvarez auf Unsplash



Sie hätten sich auch gegen eine andere Beschaffung der Schweizer Armee wehren können, doch kein militärisches Gerät lässt die Wogen so hochgehen wie die Kampfjets. Sie stehen emblematisch für das Zerstörungspotenzial des Militarismus, die unnötige Existenz der Schweizer Armee und die Überheblichkeit der hohen Militärs. Mit der Lancierung der Initiative gegen den F/A-18 brach eine Ära des 30-jährigen Widerstandes gegen neue Kampfjets an. Die Abstimmung 1993 politisierte eine ganze Genera-

tion. Das Resultat fiel zwar noch zu ihren Ungunsten aus, aber seit die Schweizer Armee ihre F-5 Tigers und nun auch die F/A-18 Hornets ersetzen möchte, konnte die GSoA diese Anschaffung erfolgreich verhindern. Alte Sitzungsprotokolle belegen, dass diese Beschaffung bereits 2004 Thema in der GSoA war. Im Jahr 2021 diskutieren wir immer noch über das gleiche Geschäft. Allein diese Tatsache muss für die GSoA und die ganze antimilitaristische Bewegung als riesiger Erfolg gewertet werden.

Die Beschaffung neuer Jets mag schon 1993 absurd gewesen sein, heute mit der Immanenz der Klima- und Coronakrise ist nur der Gedanke an die milliardenhohen Ausgaben für solche Hightech-Konservendosen absolut zynisch. Kampfjets sind in jeder Hinsicht aus der Zeit gefallen. Sie liefern keine Antwort auf die drängenden Probleme unserer Zeit, sie haben ihre Bedeutung sogar im militärischen Kontext verloren. Der Ex-Chef der Armee kommt in seiner Abrechnung mit dem Projekt Air2030 zum Schluss, dass kein Bedrohungsszenario die Anschaffung neuer Kampfjets rechtfertigen würde. Er spricht sich dann auch gänzlich gegen den Kauf neuer Flugzeuge aus. Die Produktion und Beschaffung neuer Jets scheint nur noch der Beruhigung verunsicherter Männer zu dienen. In einer Welt, in der ihre Vormachtstellung stark bröckelt, liefern diese fliegenden Tötungsmaschinen den nötigen Halt. Viren oder CO₂-Moleküle lassen sich zwar mit keiner Rakete oder Bombe zerstören, Kampfjets helfen aber bei der Verdrängung dieser Bedrohungen.

Lasst uns also diese reaktionären Flieger endlich auf den Müllhaufen der Geschichte verbannen.

POLIZEIMASSNAHMENGESETZ

POLIZEIMASSNAHMENGESETZ (PMT)

Wenn Menschenrechte der vermeintlichen Terrorbekämpfung geopfert werden

Seit dem letzten Abstimmungssonntag ist klar: Die Schweiz wird das härteste «Anti-Terror-Gesetz» Europas einführen, das enorm leicht gegen kritische Aktivist*innen eingesetzt werden kann. Obwohl der Nein-Anteil im Verlauf der Kampagne massiv gesteigert werden konnte, reichte es am Ende nicht für eine Ablehnung der Vorlage. NADIA KUHN

Unermüdlich warb Justizministerin Karin Keller-Sutter landauf, landab für das neue Polizeimassnahmengesetz. Aktuell fehlten die nötigen Instrumente, um potentielle Terrorist*innen schon vor einer Straftat unschädlich zu machen, argumentierte sie – das Polizeimassnahmengesetz sollte diese «Lücke» schliessen. Dabei zeigte die Analyse zweier Forscher der Universität Lausanne, des Kriminologen Ahmed Ajil sowie des Juristen Kastriot Lubishtani, wie tief die Hürden für eine Verurteilung wegen Terrorismus bereits vor dem PMT waren. Bereits Facebook-Aktivitäten reichen für mehrjährige Gefängnisstrafen aus – mit dem PMT braucht es nicht mal mehr eine konkrete Handlung, um als «gefährlich» zu gelten.

WER GILT EIGENTLICH ALS GEFÄHRDERT*IN?

Aber nicht nur diese massive Verletzung der Unschuldsumsetzung sowie diverser Menschen-

und Kinderrechte machen das PMT so brandgefährlich. Insbesondere auch die Frage, was das Gesetz denn überhaupt unter Terror versteht, ist elementar. Das Polizeimassnahmengesetz verlangt weder die Anwendung oder die Androhung von Gewalt, damit eine Handlung als Terrorismus gilt – stattdessen reicht dazu bereits die «Verbreitung von Furcht und Schrecken» zur «Beeinflussung der staatlichen Ordnung».

Hier öffnen sich Tür und Tor für die Kriminalisierung von politischen Bewegungen. Denn mit dieser schwammigen Definition kann grundsätzlich jede politische Tätigkeit als Terrorismus gelten. Verbreitet eine Friedensaktivistin nicht auch etwa Furcht und Schrecken, wenn sie im Rahmen einer Protestaktion mit Kunstblut überschüttet auf dem Bundesplatz liegt? Die Kritik an diesem Gesetz kam denn auch nicht nur von linker Seite: Die Europäische Menschenrechtsbeauftragte, fünf UNO-Sonderberichterstatter*innen sowie 60 Schweizer Rechts-

professor*innen kritisierten die Vorlage scharf.

Schliesslich wurde das Gesetz trotzdem mit 56.6% angenommen. Dennoch kann das Referendum, bei dem sich auch die GSoA im Rahmen des linken Komitees engagiert hat, auch als Erfolg gesehen werden: Wir haben es geschafft, dass öffentlich über Polizeiwillkür, die Kriminalisierung von Aktivist*innen und die Einschränkung von Menschenrechten im Kampf gegen den «Terror» diskutiert wurde. Allein aus demokratischen Gründen musste ein solches Gesetz zwingend der Bevölkerung vorgelegt werden und schon beim Sammeln von Unterschriften auf der Strasse wurde klar, wie wichtig es ist, mit den Menschen direkt über das Verhältnis von Sicherheit und Freiheit zu diskutieren.

STEIGERUNG DES NEIN-ANTEILS UM 20%

Wie die markant steigende Ablehnung im Verlauf der Abstimmungskampagne deutlich zeigte, konnten wir mit unseren Argumenten auch viele Menschen überzeugen. Während einhalb Monate vor der Abstimmung gemäss der ersten SRF-Umfrage noch 76% ein Ja in die Urne legen wollten, waren es drei Wochen vor der Abstimmung nur noch 62%. Das Resultat

lag mit 56.6% schliesslich fast 20 Prozentpunkte unter den ersten Umfragewerten – und das, obwohl die Zustimmung zu Behördenvorlagen normalerweise im Verlauf einer Kampagne nicht ab-, sondern zunimmt.

Dieses Resultat ist damit alles andere als ein Freipass für Karin Keller-Sutter und das fedpol. Die ständigen Beteuerungen der Befürworter*innen des neuen Gesetzes, dass Aktivist*innen keinesfalls vom PMT betroffen sein werden und die neu geschaffenen Zwangsmassnahmen massvoll angewendet werden, müssen nun auf ihre Richtigkeit überprüft werden. Klar ist: Wir werden uns weiterhin mit voller Kraft gegen die Kriminalisierung von Aktivist*innen und insbesondere natürlich von Armeegegner*innen einsetzen – mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln.

ARMEEKRIK

Es gibt sie noch – die kalten Krieger

1989 hat über ein Drittel der Schweizer Stimmbevölkerung der Abschaffung der Schweizer Armee zugestimmt. Es war jener Moment, in dem die «heilige Kuh Armee» geschlachtet wurde. Gut 30 Jahre später werden immer noch seltsame Debatten über die «Armeefrage» geführt. MARTIN PAPPAN

Das Kollektiv des Waadtländer Klimastreiks hatte im Mai 2020 in einem offenen Brief an den Bundesrat und an das Verteidigungsdepartement zu einem Militärstreik aufgerufen. Sie seien aus ethischen, moralischen, ökologischen und sozialen Gründen nicht mehr einverstanden, die Militärabgaben zu bezahlen. Die Institution Armee sei umweltschädlich, gewalttätig, diskriminierend, nationalistisch, teuer und unnützlich. Sie verlangten, dass die Armee entweder radikal umstrukturiert oder abgeschafft werde. Dieser Aufruf ist, immerhin 30 Jahre nach der historischen GSoA-Armeeausschaffungsinitiative, eigentlich alles andere als revolutionär. Armeekritik ist längst in der Gesellschaft angekommen, Zivildienstleistende haben im Gegensatz zu Soldaten ein hohes Ansehen in breiten Bevölkerungskreisen, Rüstungsbeschaffungen werden hinterfragt oder erleiden Schiffbruch an der Urne (Beispiel Gripen-Beschaffung). Wer nun glaubt, der Aufruf des Waadtländer Klimastreiks bleibe heutzutage eine Randnotiz und finde kaum grössere Beachtung, sah sich getäuscht. Der SVP-Nationalrat Jean-Luc Addor reichte bei der Bundesanwaltschaft Strafanzeige gegen Unbekannt ein.

STRAFVERFAHREN UND HAUSDURCHSUCHUNG

Das Justiz- und Polizeidepartement eröffnete im Februar 2021, basierend auf der Anzeige von Jean-Luc Addor, ein Strafverfahren. Dieses führte dazu, dass bei einem Klima-Aktivisten eine

Hausdurchsuchung durchgeführt wurde. Dabei wurde er von den Ermittlern gedrängt, Passwörter zu Social-Media-Accounts herauszugeben und es wurden Kopien von seinen Festplatten erstellt. Spannend dürfte zu erfahren sein, nach was die Ermittler auf den Social-Media-Accounts und den Festplatten genau suchen. Armeekritik? Unterlagen zur Klimakrise?

DIE MENTALITÄT VOM KALTEN KRIEGER

Wer sich nun die Frage stellt, wie ist so weit kommen konnte, dass es überhaupt zu dieser Anzeige gekommen ist, findet die Antwort zumindest teilweise beim Absender. Jean-Luc Addor ist kein unbeschriebenes Blatt. So forderte er etwa die Wiedereinführung der Todesstrafe und setzt dafür ein, dass Waffen öffentlich getragen werden dürfen. Bekannt wurde er zudem, weil er 2017 nach einer Schiesserei in einer Moschee in St. Gallen, bei der eine Person getötet wurde, auf Twitter mit den Worten «On en redemande» (deutsch: «Wir wollen mehr davon») kommentiert hatte. Im Geiste vom kalten Krieger wird bei ihm offensichtlich auch ein Reflex ausgelöst, wenn der Sinn der Armee in Frage gestellt wird. Nun könnte man diese Gesinnung und die daraus resultierende Anzeige als Verirrung von einem Extremisten abtun. Jean-Luc Addor sitzt aber im Nationalrat für die SVP und hat somit Einfluss, wie dieses Land gestaltet wird. Seine Hasskultur gepaart mit der Bereitschaft, zu den Waffen zu greifen, erinnert an amerikanische Verhältnisse zu Trump-Zeiten.

Hausdurchsuchungen bei Klimaschützern

Morgens um 7 stand die Polizei vor der Studentenbude

Die Bundesanwaltschaft geht wegen Verdachts zur Aufforderung und Verleitung zur Verletzung militärischer Dienstpflichten gegen Klimaaktivisten vor. Diese sprechen von einem «Spionageakt».

Durchsuchungen bei Klimastreikenden machen Schlagzeilen in den Medien.

Bild: Screenshot, Tages-Anzeiger, 2. Juni 2021

Besorgniserregend ist somit nicht der Aufruf der Klimaaktivist*innen zum Militärstreik, sondern die Hetze der extremen Rechten gegen Andersdenkende. Es bleibt zu hoffen, dass die Kalten Krieger im Parlament mehr und mehr der Geschichte zugeordnet werden können und deren Mandate von Politiker*innen übernommen werden, die sich um die wirklichen Probleme dieses Landes kümmern. Herrn Addor sei an dieser Stelle nochmals in Erinnerung gerufen, dass auch wir von der GSoA seit über 30 Jahren dazu aufrufen, keinen Militärdienst zu leisten und dies auch weiterhin tun werden. Dies weil wir, um es im Wortlaut der Klimaaktivist*innen auszudrücken, aus ethischen, moralischen, ökologischen und sozialen Gründen nicht einverstanden sind, die Militärabgaben zu bezahlen. Die Institution Armee ist umweltschädlich, gewalttätig, diskriminierend, nationalistisch, teuer und unnützlich.

STANDORTBESTIMMUNG

Für einen gerechten Frieden in Israel / Palästina

Der jüngste Gazakrieg löste auch in der GSoA Entsetzen und Diskussionen aus. Der Autor erhielt deshalb den Auftrag, unsere bisherige Position darzulegen. Dieser Text ist die von Vorstandsmitgliedern in einzelnen Punkten korrigierte Zusammenfassung. JOSEF LANG

Wie lässt sich auf dem einstigen «Mandatsgebiet Palästina» zwischen den beiden Nationen, der mit und der ohne Staat, ein gerechter Frieden durchsetzen? Die Beantwortung dieser Frage erreicht die Beachtung von drei Hintergründen.

DREI HINTERGRÜNDE

Beide Völker sind traumatisiert durch Katastrophen. Das jüdisch-israelische ist geprägt durch die Shoa (1941-45), die auf abendländischem Boden sechs Millionen Menschen das Leben kostete. Hätte Nazideutschland die Schlacht im ägyptischen El Alamein vom Herbst 1942 gegen Grossbritannien gewonnen, wäre ihnen auch «Die Siebte Million» (Tom Segev) zum Opfer gefallen. Die Palästinenser*innen sind geprägt durch die Nakba von 1948. Im Zusammenhang mit der israelischen Staatsgründung wurden 730'000 Palästinenser*innen aus ihren Häusern vertrieben und 500 Dörfer zerstört.

Damals bekamen die Palästinenser*innen 22 Prozent des «Mandatsgebiets», und zwar dessen karger Teil. Nach dem Sechs-Tage-Krieg wurde dieses auch noch besetzt. Heute leben im Westjordanland und in Ostjerusalem etwa 700'000 jüdische Siedler*innen. In Israel stellt die arabische Minderheit etwa einen Fünftel der Bevölkerung. Deren vielfältige Diskriminierung wurde durch das Nationalstaatsgesetz 2018 zusätzlich verschärft.

Das Völkerrecht (UNO-Teilungsplan von 1947, UNO-Resolutionen 242 von 1967 und 338 von 1973) verlangt das Ende der Besatzung und verbietet die Siedlungspolitik. Zudem fordert es die gegenseitige Anerkennung, was auf eine doppelte Staatlichkeit hinaus läuft. Die UNO-Resolution 478 (1980) verurteilt das israelische Hauptstadtgesetz, um Jerusalem für beide Völker offen zu halten. Weiter verbieten die Genfer Konventionen Angriffe auf die Zivilbevölkerung. Deshalb untersucht der Internationale Strafgerichtshof Kriegsverbrechen auf beiden Seiten. Wenn die palästinensischen Behörden kooperativer sind als die israelischen, hat das auch mit den unterschiedlichen Opferzahlen zu tun. Im jüngsten Gaza-Krieg gab es 232 palästinensische und 12 israelische Opfer. Im vorletzten Waffengang vom Sommer 2014 waren auf palästinensischer Seite über 2200 und auf israelischer 73 Personen getötet worden.

ASYMMETRIE UND RECHTSRUTSCH

Diese Asymmetrie bei den Opferzahlen ist Ausdruck und Folge einer Asymmetrie bei den Machtverhältnissen, insbesondere im Militär- und Rüstungsbereich. Sie hat auch damit zu tun, dass der Grossmacht USA wenig liegt an der Durchsetzung des Völkerrechts. Unter Trump begann sie, dieses zu zerstören. Die inzwischen 54-jährige Besatzungspolitik hat die israelische Gesellschaft stark nach rechts verschoben. Während 77 Prozent der jüdischen US-Bürger*innen Biden wählten, hätten 77% der jüdischen Israelis Trump gewählt. Gleichzeitig wurde in der palästinensischen Gesellschaft die religiös-konservative Hamas gegenüber der säkular-fortschrittlichen PLO gestärkt, auch weil diese autoritärer und korrupter wurde.

Der Rechtsrutsch in Israel erleichtert der abendländischen Rechten, der historischen Hauptträgerin des modernen Antisemitismus, die Unterstützung dessen Politik. Gerade der

Trumpismus und der Sturm auf das Kapitol zeigen, dass sich Judenfeindlichkeit und Israelfreundlichkeit nicht ausschliessen. Auf der Gegenseite sind beispielsweise in Frankreich die Nachfahren der Dreyfusards und der Résistance gegenüber Israel kritischer als die früher jüden- und heute muslimfeindlichen Erb*innen der Antidreyfusards und des Vichy-Regimes. In der Schweiz wird die israelische Politik von jenen Kräften besonders stark unterstützt, die die antisemitische Boot-ist-voll-Politik verharmlosen. Diese hat 1942 bis 1945 Tausenden von jüdischen Menschen den sicheren Tod bedeutet.

VÖLKERRECHT, MENSCHENRECHTE, VERHALTENSKODEX

Die GSoA, die in den 80er und 90er Jahren für die Aufarbeitung der Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg einen wichtigen Beitrag geleistet hat, setzte sich schon immer für einen

gerechten Frieden in Israel/Palästina ein. So war sie Mitinitiantin der Berner Grossdemonstrationen gegen die Libanon- und Gazakriege zwischen 2006 und 2014. Im Parlament reichte der Schreibende mehrere Vorstösse ein, unter anderem 2004 das von 91 Nationalrats-Mitgliedern unterzeichnete Postulat «Sistierung der Käufe und Verkäufe von Militärgütern und der militärisch-technischen Zusammenarbeit mit allen Ländern des Nahen Ostens».

Deren Logik geht aus vom Völkerrecht und den Menschenrechten. Sie verlangt deren Einhaltung von allen Seiten und verurteilt alle Verletzungen. Aufgrund der erwähnten Asymmetrie und der engen Beziehungen der schweizerischen und israelischen Luftwaffen wurde mehrheitlich, aber nicht ausschliesslich Israel kritisiert. Es wäre höchst ungerecht, angesichts der ungleichen Machtverhältnisse und Opferzahlen die israelische und palästinensische Verantwortung gleichzusetzen. Im Demonstrationsaufruf für die Gaza-Demo vom 10. Januar 2009 stand der Satz: «Statt das Recht des Stärkeren zu stützen, muss die internationale Gemeinschaft die Stärke des Rechts durchsetzen.»

In der palästinensischen Stadt Hebron sind im Stadtzentrum israelische Siedlungen errichtet worden. Foto: Judith Schmid



PETITION

Kein Frieden ohne Gerechtigkeit

Die jüngste kriegerische Eskalation zwischen Israel und den Palästinenser*innen in Ost-Jerusalem, in Gaza, in der Westbank und in Israel hat weltweit für Empörung, Solidarität und Debatten gesorgt. Das war auch den Fall innerhalb der GSoA, wo die ReGrü Genf entschieden hat, eine Petition zu unterstützen, die angemessene Sanktionen gegenüber dem israelischen Staat forderte. TOBIAS SCHNEBLI

Anders als bei den Kriegen Israels im Libanon 2006 und in Gaza 2008/9 sowie 2014 hat die GSoA keine nationale Demo mitorganisiert. Als antimilitaristische und pazifistische Bewegung steht die GSoA in der Pflicht, gegen Kriege zu mobilisieren, aber auch sich für friedliche Lösungen von Konflikten und für die Prävention von Kriegen einzusetzen.

Die Anerkennung der Menschenrechte aller betroffenen Bevölkerungsgruppen und die Anwendung des Völkerrechts sind unabdingbare Voraussetzungen für eine friedliche Lösung des

Konflikts, genauso wie die Anerkennung der tieferen Ursachen des Konflikts und die Wiedergutmachung der erlittenen Ungerechtigkeiten.

Seit 1948 verneint der Staat Israel die Grundrechte eines Volkes, das auf dem Land lebte und zu einem Teil weiterhin lebt, welches Israel von der UNO zugesprochen erhielt, sich angeeignet oder militärisch besetzt hat. Die UNO-Resolution 194 anerkennt das Recht auf Rückkehr für die drei Viertel der palästinensischen Bevölkerung, die 1948 aus ihren Dörfern und Städten vertrieben wurden.

Der Aufruf war verknüpft mit einem Verhaltenskodex, den alle Organisationen unterschreiben mussten und der in acht Sprachen verbreitet wurde: «Wir fordern Respekt und Toleranz gegenüber allen Konfessionen und Nationalitäten. Auch aus diesen Gründen wollen wir jede Form von Rassismus und Antisemitismus von der Demo verbannen und das Verbrennen von Fahnen unterbinden.»

Kern des Völkerrechts im Nahen Osten ist die Anerkennung von zwei gleichberechtigten Nationen: einer jüdisch-israelischen und einer arabisch-palästinensischen. Ob angesichts der hohen Zahl von Siedlungen in den besetzten Gebieten eine Zweistaatenlösung noch gangbar ist oder ob eine binationale Föderation zweier Gemeinwesen nicht sinnvoller wäre, ist eine offene Frage. Was der Weltgemeinschaft klar sein muss, ist die Lehre der letzten Jahrzehnte: Das Ende der Besatzung ist der Schlüssel für einen gerechten Frieden.

Für die Schweiz bedeutet das, ihre Verantwortung als Depositärstaat der Genfer Konventionen ernster zu nehmen, alle Kriegsverbrechen zu verurteilen, jegliche Rüstungs- und Militärkooperation mit Israel und den anderen Nahost-Staaten einzustellen und ihre Guten Dienste für einen gerechten Frieden aktiver einzusetzen.

Die GSoA Schweiz hat die Petition nicht unterstützt, die im Mai von den schweizerischen Solidaritätsorganisationen mit Palästina und von der Genfer Regionalgruppe der GSoA lanciert wurde. Die Petition verlangt dass die Schweiz im Rahmen der Wirtschaftsabkommen mit Israel angemessene Sanktionen ergreift und den Handel von Kriegsmaterial sistiert, damit der Staat Israel seiner kolonialen Unterdrückungspolitik ein Ende setzt und die fundamentalen Rechte der Palästinenser*innen anerkennt.

Nach 73 Jahren geprägt von Kriegen und massivsten Verletzungen des Völkerrechts, ist es höchste Zeit, die Anwendung von politischen und wirtschaftlichen Druckmitteln wie Sanktionen als legitim und notwendig anzuerkennen, um ein Ende der Unterdrückungspolitik und den Respekt der Menschenrechte auch für die palästinensische Bevölkerung zu erreichen.

DIE LETZTE

WELCOME/GOODBYE

Merci Judith! Willkommen Anja, Jonas und Anna!

Auf dem GSoA-Sekretariat gibt es diesen Sommer einige personelle Wechsel. Wir verabschieden mit Judith Schmid eine langjährige, wertvolle Mitarbeiterin. Gleichzeitig freuen wir uns, gleich drei neue Gesichter begrüßen zu dürfen: Anja Gada und Anna Lindermeier in Zürich sowie Jonas Heeb in Bern. SASKIA REBSAMEN UND JONAS KAMPUS

Während über viereinhalb Jahren hatten wir das Glück, **Judith Schmid** zu unseren Mitarbeitenden auf dem Sekretariat zählen zu dürfen. Mit der Kriegsgeschäfte-Initiative und dem Kampfjet-Referendum hat Judith gleich zwei wichtige Projekte der GSoA von der Sammelphase bis zum Abstimmungskampf begleitet und geprägt. Als ausgebildete Grafikerin hat sie Sammelpakete, Unterschriftenbögen und Social-Media-Posts gestaltet, als engagierte GSoA-Aktionen organisiert und Freiwillige motiviert. Ihr ist es als langjährige Redaktionsleitung auch zu verdanken, dass die Zeitung immer regelmässig bei euch Leser*innen angekommen ist. Judith arbeitet neu bei der Schweizerischen Flüchtlingshilfe als Campaignerin. In diesem Sinne: Merci Judith, und alles Gute bei deinem neuen Job!

Als Judiths Nachfolge im Seki Bern dürfen wir **Jonas Heeb** begrüßen. Er ist Kantonsrat für die Jungen Grünen in Luzern sowie Einwohnerrat in seiner Gemeinde Horw und bringt

dadurch spannende Kenntnisse in der politischen Arbeit mit. Somit ist das GSoA-Sekretariat neu auch in der Innerschweiz vertreten. Durch sein Engagement als Co-Präsident der Jungen Grünen Kanton Luzern hat er schon viele Kampagnen und Aktionen selbst gestaltet und durchgeführt. Für das letzte gemeinsame Projekt der GSoA und der Jungen Grünen, die Kriegsgeschäfte-Initiative, hat sich Jonas schon tatkräftig eingesetzt. In seiner neuen Funktion als GSoA-Sekretär wird er unter anderem den Ostermarsch organisieren, weiter interessieren ihn das Thema Wehrpflicht und der Export und die Finanzierung von Kriegsmaterial besonders. Willkommen, Jonas!

Das Sekretariat in Zürich erfährt gleich einen doppelten Zuwachs mit **Anja Gada** und **Anna Lindermeier**. Anja ist kein unbeschriebenes Blatt mehr, was die Planung und Durchführung von Kampagnen betrifft. Die SP Zürich wollte sie als Praktikantin fast nicht mehr gehen lassen, so wurde aus dem halb- einjährigen

Praktikum. Vor allem die kreativen Elemente einer Kampagne bereiten ihr viel Freude. Auch der Auftritt vor der Kamera ist sich Anja bereits gewöhnt: In «Sami, Joe und ich» spielte Anja in brillanter Weise ein der Hauptfiguren und als Klimastreikende bietet sie in der Arena der Erdöllobby gewohnt Paroli. Gegen Ewiggestrige wird die angehende Geschichtsstudentin auch als GSoA-Sekretärin ankämpfen müssen.

Anna Lindermeier bewegt Menschen, auch wenn es in Strömen regnet, und die Parolen nicht einmal bis zu den Passant*innen durch-

dringen können. Ohne sie wäre der Strike for Future am 21. Mai, an dem sich auch die GSoA mit mehreren Aktionen beteiligt hat, nicht ein solcher Erfolg geworden. Obwohl die Biologiestudentin erst seit einem Jahr im Klimastreik aktiv ist, kennt sie diese Bewegung so gut wie fast kein*e andere*r. Sie schmiedet mit viel Durchhaltewille auf allen Ebenen Allianzen, egal ob mit den Gewerkschafts-Leitungen oder mit den Bewohner*innen in ihrem konservativen Dorf im Säuliamt. Diese Geduld wird Anna auch benötigen, wenn es gilt, die Dienstpflicht für Frauen und den Service Citoyen zu verhindern. Anja und Anna, wir heissen euch herzlich willkommen!



Judith Schmid



Jonas Heeb



Anja Gada



Anna Lindermeier

GREGOR, das glückliche Gewehr

Verfolge die Abenteuer von Gregor, dem glücklichen Gewehr, auch auf youtube: www.youtube.com/user/GregorsGunTV



Bestelltalon GSoA-Material



Anzahl	Bezeichnung	Frau / Mann	Grösse	Einzelpreis	Total
	Peace-Button			Fr. 1.-	
	T-Shirt Waffenvernichtungsmasse	<input type="radio"/> F <input type="radio"/> M	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
	T-Shirt «If war is the answer...»	<input type="radio"/> F <input type="radio"/> M	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
	Pullover «If war is the answer...»	<input type="radio"/> F <input type="radio"/> M	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 35.-	
	T-Shirt «If war is the answer...»	<input type="radio"/> F <input type="radio"/> M	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
	T-Shirt «Stopp Kampfjets!»	<input type="radio"/> F <input type="radio"/> M	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
	T-Shirt «Gregor»	<input type="radio"/> F <input type="radio"/> M	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
	«Gregor»-Feuerzeug			Fr. 2.-	
	GSoA-Sackmesser			Fr. 25.-	
	Friedensfahne		<input type="checkbox"/> PACE <input type="checkbox"/> PEACE	Fr. 12.-	
	Kleber			kostenlos	
	Jasskarten		<input type="checkbox"/> de Set <input type="checkbox"/> fr Set	Fr. 5.-	
	Feldpost-Päckli			Fr. 60.-	
	Material zur AUSGESCHOSSEN!-Kampagne:				
	Feuerzeug AUSGESCHOSSEN!			Fr. 2.-	
	Stofftasche AUSGESCHOSSEN!			Fr. 15.-	
	Turnbeutel AUSGESCHOSSEN!			Fr. 15.-	
	Versandkostenanteil				Fr. 4.80
	Ich werde GSoA-Mitglied	<input type="checkbox"/> Verdienende	Fr. 100.-	<input type="checkbox"/> Nichtverdienende	Fr. 50.-
	Spende	<input type="checkbox"/> Fr. _____	<input type="checkbox"/> Fr. 50.-	<input type="checkbox"/> Fr. 20.-	<input type="checkbox"/> Fr. 10.-
	Ich will aktiv mitmachen: Kontaktiert mich	<input type="checkbox"/>			
	Rechnungsbetrag				

Name

Vorname

Strasse/Nr.

PLZ/Ort

Tel.

E-Mail

Bestellung: GSSA, CP 151, 1211 Genève 8, www.gsoa.ch/shop